

cher nur eine Minderheit sind, dachten die Politiker, kann man die gesundheitsbesorgte Mehrheit ungestraft bedienen und kostenneutrale Tatkraft beweisen. Aber sie haben die Rechnung ohne die Raucher gemacht; bei der Landtagswahl in Bayern 2008 haben sie das lernen müssen.

Die bevorstehende Hessenwahl wird diese Lektion bekräftigen. Anderthalb Millionen Hessinnen und Hessen rauchen. Wenn die überhaupt zur Wahl gehen, dürfen sie ihre Stimme nur solchen Politikern geben, die sich für die liberale Gesellschaft einsetzen und gegen Verbotstaat und Gesundheitsdiktatur.

Prof. Dr. Günter Ropohl, Wissenschafts- und Technikphilosoph, bis 2004 Professor für Allgemeine Technologie

Aktiv gegen den Verbotstaat – jeder kann mitmachen

Aktiv unsere Gesellschaft zu gestalten bedeutet nicht nur, eine Wahlentscheidung zu treffen; aktiv sein bedeutet auch, sich zu informieren, sich persönlich und finanziell einzubringen. Jeder noch so kleine Beitrag zählt! Nur so kann der Einzelne etwas zum Besseren beitragen. Inzwischen bieten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen Informationen und Chancen, mitzumachen. Hier eine kleine Auswahl:

Regionale Vereinigungen

Bayern: www.rauchen-bayern.de
Berlin: www.rauchen-in-rixdorf.de
www.tabakskollegium-berlin.de
Hessen: Die *Lahnraucher*:
www.rauchen-in-hessen.de
NRW: www.rauchen-nrw.de

Nachdruck erlaubt, erwünscht und honorarfrei

Dieses Blatt und andere Nummern der Reihe finden Sie unter www.neues-vom-schelm.de. Dort können Sie sich zudem die Druckvorlagen als PDF herunterladen, selbst auszudrucken und in Ihrem Bekanntenkreis verteilen. Die Nachweise für die in diesem Blatt gemachten Aussagen sind ebenfalls unter dieser Internetadresse zu finden.

Eine Fülle weiterer Informationen hält das **Netzwerk Rauchen** für Sie bereit
www.netzwerk-rauchen.de

V.i.S.d.P.: Netzwerk Rauchen – Forces Germany e. V.
Bundesvorsitzender: Michael Löb, Friedrich-Ebert-Straße 46, 67549 Worms
Tel.: 06241 / 2102720, Fax: 01212 / 510543570, e-Mail: m.loeb@netzwerk-rauchen.de

Überregionale Organisationen

»Netzwerk Rauchen« – Deutschlands größte Interessenvertretung für Raucherinnen und Raucher: www.netzwerk-rauchen.de
»Bund mündiger Bürger« – der BmB wendet sich als neue politische Kraft gegen den Verbotstaat: www.my-bmb.de

Unterstützen sie dem BmB mit ihrer Unterschrift zur Teilnahme an der Europawahl 2009!

»Internationale Organisation gegen Prohibition« – TICAP: www.antiprohibition.org

Sie richtet am 27./28. Januar 2009 in Brüssel die erste internationale Konferenz gegen Rauchverbote aus. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen noch möglich!

»Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft« – MUT, wider die Prohibition: www.mut4all.de

Volksbegehren in Berlin

Von der *Initiative für Genuss Berlin* angestrebt: www.genussinitiative-berlin.de

Helfen sie mit ihrer Unterschrift und/loder als »Kiezpate«!

Faktensammlung

Eine fundierte Faktensammlung rund um das Thema »Rauchverbote« findet man auf www.passiv-rauchen.de

Publikationen

Publikationen zum Thema Rauchverbote und Prohibition:
Rauchmelder
<http://rauchmelder-zeitung.blogspot.com>
Neues vom Schelm
www.neues-vom-schelm.de



Hessen-Wahl für Raucher – das Kreuz mit dem Kreuzchen



Nach dem havarierten Mehrakter zur Bildung einer handlungsfähigen Regierung sind die Hessischen Wähler am 18. Januar abermals aufgerufen, über die Richtungslosigkeit des Hessischen Landtages neu zu entscheiden. Dabei ist das Kreuz mit dem »richtigen« Kreuzchen diesmal besonders schwer.

Die FDP, einzige Partei, die sich letztes Jahr offen gegen die Rauchverbote ausgesprochen hat, kann sich dank Rauchern in Bayern immerhin der Regierungsbeteiligung

rühmen. Trotzdem droht dort nun die Abschaffung der Raucherclubs und das »Essverbot« in Raucherkneipen und auch im hessischen Wahlkampf sind liberale Stimmen gegen die Rauchverbote vernehmbar leiser geworden als noch vor Jahresfrist. FDP also, nein danke?

Kochs CDU oder die runderneuerte Hessen-SPD? – Beide Parteien wollen Wirte und Raucher weiter entmündigen und selbst bei Minusgraden, Sturm oder Regen am liebsten

vor den Türen der Gasthäuser sehn. Von freier Wahl für freie Bürger kann absolut keine Rede sein. Und auch die so streitbare LINKE schweigt sich zum Thema lieber gleich aus und so bleibt vielen Rauchern wohl nur die Erkenntnis: Ein »kleineres Übel« gibt es nicht mehr. Ungültig wählen, so scheint es, wäre mindesten Akt der Verweigerung von Legitimation an all' Jene, denen das Ja-Wort DIN-genomter Blockwarte wichtiger ist, als die Freiheit der rauchenden Wähler.

Nein, der Schelm vermag einfach nicht, den hessischen Rauchern eine Partei zur Wahl zu empfehlen. Aber vor einer Partei muss er sie ganz im Besonderen warnen. Vielen rauchenden Wählern ist bislang nämlich noch gar nicht klar, dass es innerhalb des demokratischen Spektrums eine Partei gibt, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, sie so rasch und vollständig wie möglich aus der Gesellschaft auszustoßen. Raten Sie erst mal, wer das sein könnte, bevor Sie weiter lesen ...

Erbarme! Zu spät – die Grünen Hesse komme!

Haben noch vor wenigen Jahren viele der Grünen Gründer selbst rauchend in verqualmten Kneipen politische Ideologien entwickelt, entpuppen sie sich nun leider nicht als schöner Schmetterling, sondern als Gesundheitsapostel.

Woran mag das liegen, sind sie in die Jahre gekommen und merken nun voll Panik: Das Leben ist nicht unendlich? Gibt ihnen diese Feststellung das Recht, ihre neu gewonnenen Gesundheitserkenntnisse einem jedem aufzuzwingen? Diese ehemalige Oppositionspartei will nun mehr als den 1,5 Millionen rauchenden Hessen vorschreiben, wie sie zu leben haben!

Was blüht Rauchern von den Grünen?

In vorausseilender »Fürsorge« reichten die Grünen beim Bund, aber auch in einigen Ländern, so auch in Hessen, immer wieder Anträge ein, um über eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung umfassende Rauchverbote einzuführen. Sie wollen erreichen, dass der § 5, der Ausnahmen vom Rauchverbot ermöglicht, ersatzlos gestrichen wird. Nur damit, so erklären sie, seinen die Beschäftigten in der Gastronomie, »sicher«.

So ganz nebenbei: Diese Änderung würde sich auf *jeden* Arbeitsplatz auswirken.

Passivrauch – nur heiße Luft?

Widmet man sich näher der Frage »Wie gefährdet sind denn eigentlich die Beschäftigten der Gastronomie?«, an deren Gesundheit den Grünen so sehr gelegen ist, so stößt man sehr bald auf die Untersuchungen der BGN (Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten). Die dort erhobenen Zahlen beruhen nicht auf statistischen Berechnungen, sondern auf den tatsächlichen Krankendaten der Gastronomie.

Berechnet wurde von der Berufsgenossenschaft anhand der Statistiken, denen wir die Rauchverbote zu verdanken haben, mit welcher Wahrscheinlichkeit in der Gastronomie Beschäftigte Nichtraucher an Lungenkrebs erkranken. Ergebnis war, dass bei 10.000 Personen 300 erkranken müssten – in der Realität sind es genau 2 (in Worten: zwei!) und dabei wurde nicht einmal zwischen Rauchern und Nichtrauchern differenziert. (Informationen unter: www.bgn.de)

Verbittert reagierte darauf das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ), das die oben genannten Zahlen präsentierte und das weitere, ebenso umstrittene Statistiken zum Thema herausgab, denen Politiker aller Couleur, ohne sie zu hinterfragen, folgen. Sie argumentieren: Die Untersuchungen sind nicht wissenschaftlich! – Nicht nur ein kleiner Schelm fragt sich da: Sind falsche Zahlen, die von Wissenschaftlern berechnet wurden, richtiger als die tatsächlichen? Muss wohl so sein ...

Die Grünen – voll auf EU-Linie

All dies geschieht natürlich auch im Hinblick auf die EU, denn dort hat man den Kampf für ein rauchfreies Europa ausgerufen und da nicht alle Länder freiwillig folgen, wird nun eine härtere Strategie gefahren. 2009 soll ein europaweit gültiges Gesetz vorgelegt werden, das an allen geschlossenen Arbeitsstätten Rauchen untersagen soll.

Die Frage, wo all das hinführen soll, bleibt unbeantwortet. Einen handfesten Beweis, dass Passivrauch schädigt, gibt es nach zwanzig Jahren Suche noch immer nicht. »Tatsachen« wurden einfach herbei gerechnet und werden nun als Wahrheit verkauft. Noch ist die Kampagne gegen den Rauch im vollen Gange, wird schon zum Schlag gegen den Alkohol angesetzt. Auch Überge-

wichtige sind längst ins Visier profilierungssüchtiger Politiker geraten.

Dass eine alternde Gesellschaft durch möglichst umfassenden und lebenslänglichen Verzicht auf Spaß, Lebensfreude und Genuss leichter zu finanzieren wäre, daran scheinen manche Politiker fest zu glauben. Ob ein langes, aber aller Genüsse beraubtes Leben der Bürger für den Staat am Ende wirklich billiger käme, muss bezweifelt werden, aber wichtiger ist: Ein solches Leben wäre genau das Gegenteil eines erfüllten, gelungenen Lebens.

Nun, ein kleiner Schelm ist nicht zwingend dumm, deshalb entschloss er sich, gegen die Anträge der Grünen eine Petition einzulegen – »das« politische Instrument des kleinen Mannes. Diese Petition, die tausende Mitzeichner gefunden hätte, wurde zwar angenommen, aber sie wird nicht veröffentlicht und schlummert nun ungelesen in irgendeiner garantiert rauchfreien Schublade des Petitionsausschusses.

Deshalb werden wir selbst Unterschriften sammeln und diese persönlich übergeben.

Besuchen sie die Internetseite

www.Netzwerk-Rauchen.de

und zeichnen Sie jetzt die Petition.

Günter Ropohl

Gespensterfurcht

Ein Gespenst geht um in der Welt, das Gespenst des »Passivrauchens«. Gespenster gibt es nicht wirklich. Sie werden bloß erfunden, um kleine Kinder und furchtsame Erwachsene in Angst und Schrecken zu versetzen. Genau das wollten die amerikanischen Tabakkritiker vor dreißig Jahren, als sie die Lüge von der lebensbedrohenden Gefahr des Umgebungsrauchs in die Welt setzten. Sonst hätten sie für die geforderten Rauchverbote kaum Unterstützung gefunden. Die Lüge geben sie heute unter der Hand selbst zu. Es war, so sagen sie, bloß ein unsauberes Mittel für einen sehr sauberen Zweck, und der Zweck heiligt die Mittel. Die Wahrheit ist unwichtig, wenn es gilt, die Welt vom unchristlichen Laster des Tabakrauchens zu befreien. Solchen „Grundsätzen“ sind unduldsame Weltverbesserer schon immer gefolgt.

Damit schufen sich die Raucherverfolger fehlgeleitete Verbündete: Mediziner und Politiker. Medizinwissenschaftler, stets um

Karrierevorteile, Forschungsaufträge und Fördergelder bemüht, nahmen sich eifertig des Themas an und produzierten Hunderte von »Studien«, um die Gefährlichkeit des »Passivrauchens« zu beweisen. In Wahrheit ist das bis heute nicht gelungen. Es fängt damit an, dass man die angeblich betroffene Personengruppe nicht eindeutig bestimmen kann. Sind das Nichtraucher Frauen, die Jahre lang mit kettenrauchenden Partnern in der gemeinsamen Wohnung leben? Oder sind das auch Menschen, die gelegentlich in einer Gaststätte zwei drei Stunden lang geringe Spuren von Umgebungsrauch aufnehmen? Vorweg: Über diese zweite Gruppe weiß die Medizin so gut wie gar nichts. Rauchverbote in der Gastronomie und in öffentlichen Räumen entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Anhaltspunkte hat man nur für Nichtraucher gefunden, die dauernd mit Rauchern zusammen leben. Und auch da errechnet man, wenn überhaupt, ein zusätzliches Gesundheitsrisiko von höchstens 10 bis 20 Prozent. Sonst aber nimmt die Gesundheitsforschung ein Zusatzrisiko erst ernst, wenn es mindestens 100 Prozent beträgt. Wie bei jeder Statistik können nämlich weitere Bedingungen im Spiel sein, die man nicht erfasst hat, erbliche Belastungen beispielsweise oder andere Gesundheitsrisiken. Die zehn bis zwanzig Prozent, die dem »Passivrauchens« zugeschrieben werden, sind also überhaupt nicht aussagekräftig. Aber aus derart unsicheren Zahlen will man ableiten, dass in Deutschland jährlich 3.301 (!) Menschen an den Folgen des »Passivrauchens« sterben, mehr als zwei Drittel übrigens im Alter über 75 Jahre. Wer mit derart unseriösen Zahlen Gräuelpropaganda betreibt, macht sich der Irreführung schuldig und kommt der Volksverhetzung bedenklich nahe.

Aufgehetzt wurden viele Nichtraucher, die früher das Rauchen in ihrer Umgebung nicht schlimm fanden, doch heute jeden Raucher wie einen Aussätzigen behandeln. Und aufgehetzt wurde die Mehrzahl der Politiker, stets bemüht um Wählermehrheiten und populistische Umtriebe. Blindlings glaubten sie der Gräuelpropaganda und verordneten drakonische Rauchverbote, besonders auch in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden, wo die Tabakforscher überhaupt keine Risikozahlen ermitteln konnten. Wenn die Rau-